

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 11.09.2019

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 16:15 Uhr
Ende: 18:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann Stellvertretende Vorsitzende
Herr Grün
Herr Langeworth

SPD

Herr Wandersleb
Frau Weißenfeld Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Kirchhoff

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Hopster
Herr Müller
Frau Puffer
Herr Varnholt
Frau Wollenberg

Beratende Mitglieder

Frau Burow
Herr Nürnberger
Frau Obasohan
Frau Purucker
Frau Stillger
Herr Hanke

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger

Herr Leesemann

Frau Krutwage

Frau Isfendiyar

Herr Cremer

Frau Berkemeyer

Herr Hartmann

Frau Mülöt

Dezernat 5

Stab Dezernat 5

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Kommunales Integrationszentrum (zu TOP 6)

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (zu TOP 7)

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- (zu TOP 12, 13)

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- (zu TOP 11)

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführung)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses (JHA) fest.

Anmerkung: Die beiden Fraktionen SPD und CDU haben sich vorab auf Pairing verständigt; Herr Grün wird daher an den Abstimmungen nicht teilnehmen.

Zunächst führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Frau Burow und Herrn Lüttich als neue Mitglieder in ihr Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Die Verpflichteten bekunden ihr Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung. Frau Burow und Herr Lüttich gehören dem Vorstand der BezirksSchülerInnenVertretung Bielefeld an.

Sodann bittet Frau Brinkmann darum, entsprechend der Vorgehensweise in der gestrigen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, den TOP 16 nur in 1. Lesung zu beraten, da noch fraktionsinterner Beratungsbedarf bestehe.

Die Anwesenden stimmen der Änderung der Tagesordnung zu.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 47. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2019

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung von Jugendhilfeausschuss und Sozial- und Gesundheitsausschuss am 25.06.2019 (JHA 48. Sitzung)

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sondersitzung von Jugendhilfeausschuss und Sozial- und Gesundheitsausschuss am 25.06.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt (JHA 48. Sitzung).

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Zu Punkt 3.1

Nutzung des DV-Verfahrens LITTLE BIRD durch die Kita-Träger und Kitas

Unter Bezug auf die schriftliche Mitteilung kündigt Herr Hanke einen entsprechenden Bericht in der Sitzung des JHA im November an.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.2

Anzahl der Menschen in stationären Einrichtungen, für die kein geeigneter Wohnraum zur Verfügung steht

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.3

nachtfrequenz19 - Nacht der Jugendkultur

Herr Hanke weist auf die zu dieser Veranstaltung verteilten Einladungskarten hin.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.4 Ausweitung des Regelangebots "Flexible Erziehungshilfe an den Offenen Ganztag" auf vier zusätzliche Schulstandorte

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.5 Spielflächenbedarfsplanung

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.6 Einladung zum Fachgespräch Lebenslagenbericht am 27.9.19

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.7 Bildung und Teilhabe (BuT) - Umsetzung der Regelungen des Starke-Familien-Gesetzes sowie Änderungen des Abrechnungsverfahrens

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass sich durch das Starke-Familien-Gesetz die Regeln für die Auszahlung der Leistungen nach BuT verändert hätten. In diesem Zusammenhang prüfe die Verwaltung auch die Einführung der sogenannten „Bildungskarte“. Eine ausführliche Vorlage zu diesem Thema werde voraussichtlich in die November-Sitzung eingebracht.

Diese Mitteilung ist als Anlage Bestandteil dieses Protokolls.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Anfrage zum Haushaltsplan - Anfrage der Koalition aus SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN vom 30.07.2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9214/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, den Antrag unter TOP 15 zu beraten.

Die Anwesenden stimmen diesem Vorschlag zu.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 30.08.2019 - YouCard**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9259/2014-2020

Frau Brinkmann berichtet, dass der vorliegende Antrag auch in der gestrigen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) gestellt worden sei. Dort sei er von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden, weil vor etwa einem Jahr ein ähnlicher Prüfauftrag im SGA erteilt worden sei. Unter der Voraussetzung, dass spätestens im November im JHA über den Stand der Prüfung berichtet werde und die im Antrag genannten Punkte berücksichtigt würden, ziehe die CDU-Fraktion ihren Antrag heute zurück.

Der Antrag wird von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Zu Punkt 6 **Schwerpunkteziele des Kommunalen Integrationszentrums Bielefeld im Zeitraum 01.01.2020 - 31.12.2021**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8707/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Isfendiyar vom Kommunalen Integrationszentrum.

Frau Isfendiyar erläutert die Vorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation und beantwortet Fragen. (Anmerkung: die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage Bestandteil dieses Protokolls).

Frau Stillger möchte wissen, welche konkreten Maßnahmen in den dargestellten Projekten und Regelleistungen besonders dazu geeignet seien, speziell Mädchen und junge Frauen mit Zuwanderungshintergrund gezielt zu erreichen.

Frau Isfendiyar erklärt dazu, dass zurzeit an der Fertigstellung des Mädchenberichts 2019 gearbeitet werde. In diesem Rahmen werde geprüft, welche spezifischen Maßnahmen besonders Mädchen und junge Frauen ansprechen und wie vorhandene Angebote diesbezüglich optimiert werden könnten. Auch andere Gruppen griffen dieses Thema auf, wie zum Beispiel das Netzwerk der Migrant*innenorganisation oder der Arbeitskreis Integration.

Herr Wandersleb fragt, welche demokratiefördernden Maßnahmen konkret für die Mitarbeitenden in der OGS angeboten würden. Frau Isfendiyar berichtet, dass zu diesem Thema innerhalb der Modularen Qualifizierungsreihe eine Grundschullehrerin aus Lemgo von ihren Erfahrungen mit dem dort bereits angewandten Programm berichtet habe. Frau Isfendiyar lädt Herrn Wandersleb zur Teilnahme an dem Modul ein, um sich selbst einen Eindruck zu verschaffen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bedankt sich für die Ausführungen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Gesundheitsbericht „Stillfreundliches Bielefeld. Daten zum Stillverhalten in Bielefeld“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9130/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Cremer vom Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt.

Herr Cremer erläutert ausführlich die Vorlage.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7.1

Antrag zu TOP 7 Gesundheitsbericht "Stillfreundliches Bielefeld" (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN vom 10.09.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9326/2014-2020

Frau Hennke erläutert den Antrag.

Beigeordneter Herr Nürnberger hält es grundsätzlich für denkbar, das Netzwerk Frühe Hilfen und konkret KiwiBI-Mittel zur Unterstützung der Stillkampagne einzubeziehen. Man sei jedoch an die vorhandenen Ressourcen und die Einhaltung der Förderbedingungen gebunden.

Herr Langeworth erklärt, nach seinem Verständnis sei Ziel dieser Überlegungen, das „Logo für Stillfreundlichkeit“ in öffentlich zugänglichen Räumen und Einrichtungen bekannter zu machen und fragt nach den Kriterien, die diese öffentlichen Orte erfüllen müssten, um das Logo zu erhalten. Hierzu erklärt Herr Cremer, dass u. a. Sitzmöglichkeiten vorhanden sein müssten und in der Einrichtung kein Konsumzwang bestehen solle. Geplant sei perspektivisch die Erstellung einer Liste der „Stillfreundlichen Orte“ in Bielefeld, die dann auf der Homepage der Stadt Bielefeld zu finden sein werde.

Frau Stillger nimmt Bezug auf die Abbildung 2 auf Seite 9 der Anlage und fragt nach den Hintergründen und Zusammenhängen zwischen den Bildungsschichten und der Stilldauer. Herr Cremer führt aus, dass zum Beispiel familiärer Stress dazu führen könne, dass eine Mutter ihr Baby nicht stillen könnte, weil sie nicht die erforderliche Ruhe und Zeit zum Stillen finde. Außerdem müsse Stillen vermittelt und gelernt werden. Diese Möglichkeit habe ebenfalls nicht jede Mutter.

Frau Purucker weist auf das Problem schwangerer Frauen hin, geeignete Hebammen zu finden. Fehlende Unterstützung durch eine Hebamme könne insbesondere Erstgebärenden das Stillen erschweren.

Frau Hennke macht darauf aufmerksam, dass der vorgestellte Bericht bereits im September 2018 erstellt worden sei. Sie möchte wissen, ob und mit welchem Ergebnis die darin empfohlenen Abstimmungsgespräche geführt worden seien und inwieweit die Empfehlungen bis heute umgesetzt worden seien. Herr Cremer berichtet, dass inzwischen verschiedene Gespräche geführt worden seien. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Handwerkskammer Bielefeld unterstützten die Kampagne; ebenso zum Beispiel auch die Geburtskliniken, die Fachstelle Frühe Hilfen, der Hebammenverband und die Vorsitzenden der Gynäkologen und der Kinderärzte. Die IHK habe eine Verbreitung über Newsletter zugesagt. Außerdem werde das Gesundheitsamt im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung ein entsprechendes Handout entwickeln und zur Verfügung stellen.

Sodann lässt Vorsitzende Frau Weißenfeld über den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN vom 10.09.2019 abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss begrüßt den Gesundheitsbericht „Stillfreundliches Bielefeld. Daten zum Stillverhalten in Bielefeld“ der Kommunalen Gesundheitskonferenz und des Gesundheitsamtes.

- Der JHA schließt sich der Empfehlung an, das Stillen im Öffentlichen Raum zu ermöglichen und zu unterstützen.
- Er empfiehlt weiterhin den Einbezug des Netzwerkes Frühe Hilfen Bielefeld in die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen und ggf. die Planung weiterer Maßnahmen.
- Als eine erste konkrete Maßnahme soll die Herausgabe eines Flyers für stillende Mütter über öffentliche Orte zum Stillen in der Innenstadt und ggf. einzelnen Stadtteilen bis zum 2. Quartal 2020 erfolgen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Schulsozialarbeit in Bielefeld – Rahmenkonzept und erste Umsetzungsschritte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9209/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet, dass sowohl im Schul- und Sportausschuss als auch im Sozial- und Gesundheitsausschuss über die Vorlage einstimmig beschlossen worden sei.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

1. Als Grundlage für die Entscheidungsfindung nehmen der Schul- und Sportausschuss, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Jugendhilfeausschuss die in den Anlagen 1 und 1a aufgeführten Informationen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Rahmenkonzept „Schulsozialarbeit in Bielefeld“ formulierten Empfehlungen zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in enger Zusammenarbeit mit den Schulen, den Trägern der Jugendhilfe, den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie der Schulabteilung der Bezirksregierung Detmold umzusetzen. Grundlage hierfür bildet der „Maßnahmenplan Schulsozialarbeit“ (s. Anlage 2).

3. Die zuständigen politischen Gremien werden anlassbezogen, mind. 1 x jährlich, über den Stand der Umsetzung informiert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Ausbildungsoffensive - Berufsmentoren - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8532/2014-2020

Ohne Wortmeldungen fasst der Jugendhilfeausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, die Umwidmung der nicht verbrauchten Mittel für den „Bielefelder Ausbildungsbonus“ und „Ausbildung plus“ vorgesehenen Mittel in das Projekt „Berufsmentoren“ zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Weiteres Vorgehen in Sachen Stiftung Eikelmann - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8811/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass die Vorlage in der Sitzung der Bezirksvertretung Sennestadt ausführlich diskutiert worden sei mit dem knappen Votum, dass eine Begleitgruppe zur Meinungsbildung eingerichtet, der Ideenwettbewerb ausgerufen und die Mittel für die drei bekannten Maßnahmen bewilligt werden sollten.

Frau Brinkmann erklärt, dass sich die anwesenden Vertreter der CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten werden.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Jugendhilfeausschuss den folgenden

Beschluss:

1. Es wird eine stadtinterne Begleitgruppe zur Meinungsbildung über die Projektanträge eingerichtet, die aus folgenden Personen besteht:
 - den drei städtischen Vertreter*innen im Beirat,

- der/dem stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses,
 - der Bezirksbürgermeisterin/dem Bezirksbürgermeister aus Sennestadt und
 - der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin/dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister aus Sennestadt.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Stiftungsbeirat zu bitten, zeitnah im Umlaufverfahren die Mittel zu bewilligen für die von ihm bereits positiv beratenen Maßnahmen:
- Bielefeld United e.V. – Kooperationsprojekt mit Trägern in Sennestadt; Umsetzung in Sennestädter Kitas und Schulen (insgesamt 200.000 € verteilt auf den für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2022)
 - Sterntaler e.V. – stadtweites Angebot der Trauerbegleitung für Kinder, Jugendliche und deren Familien (insgesamt 90.000 € verteilt auf den Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2022)
 - Rolf-Wagner-Haus (Verstärkung des tierpädagogischen Ansatzes durch Bereitstellung eines Betrages von 15.000 € für die Anschaffung eines Pferdes und eines Ponys; geplant ist, diese Verstärkung auch für die nahegelegenen Kinderhäuser Wintersheide zu nutzen)
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stiftungsbeirat zu bitten, einen Ideenwettbewerb zwecks Sammlung weiterer interessanter Maßnahmen auszurufen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 11 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9177/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld fragt nach, ob bekannt sei, was mit den entwichenen oder vermissten Jugendlichen geschehe oder wo diese sich aufhielten. Herr Hartmann erklärt, dass man keine Informationen über den Verbleib dieser Jugendlichen habe. In 2018 seien in Bielefeld insgesamt drei Jugendliche verschwunden. Er fügt hinzu, dass im August 2019 das Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz in Kraft getreten sei. Dieses ermögliche, Kinder schon ab einem Alter von sechs Jahren anhand von Fingerabdrücken zu registrieren. Man hoffe, damit dann in einigen Monaten genauere Informationen über den Verbleib von entwichenen Kindern und Jugendlichen zu bekommen.

Frau Stillger kritisiert, dass die finanziellen Risiken der Clearingverfahren nicht gleichberechtigt von den freien Trägern und dem öffentlichen Träger

getragen würden, sondern überwiegend von den freien Trägern.

Abschließend schlägt Beigeordneter Herr Nürnberger vor, künftig regelmäßig nur noch alle zwei Jahre oder bei Bedarf zu diesem Thema zu berichten, da sich die Situation allgemein beruhige. Herr Grün bittet aufgrund der sich jährlich verändernden Zahlen wie bisher um jährliche Berichterstattung, gerne in verkürzter und auf das Wesentliche reduzierter Form.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt als Ergebnis vor, dass nach einem Jahr die aktuellen Zahlen vorgelegt würden und man sich dann neu auf einen jährlichen oder zweijährlichen Turnus der Berichterstattung verständige. Die Anwesenden sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Bericht zur Entwicklung der Hilfen zur Erziehung 2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9188/2014-2020

Frau Stillger weist darauf hin, dass es sich hier um einen quantitativen Bericht handele, der keine Aussagen über Wirksamkeiten treffe. Ihr fehlten Informationen darüber, welche Ursachen dafür verantwortlich seien, dass deutlich weniger Mädchen als Jungen von den Erzieherischen Hilfen betreut würden und warum die Fallzahlen in Bielefeld entgegen dem landesweiten Trend weitgehend stabil blieben. Insgesamt habe sie den dringenden Wunsch, dass zukünftig der Fokus auf eine inhaltliche Berichterstattung gelegt werde. Des Weiteren regt sie an, die genannten „Fallzahlen“ in einen Kontext zu setzen mit dem Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bielefelder Bevölkerung.

Frau Berkemeyer erklärt, dass nach dem ursprünglich geltenden Steuerungskonzept schwerpunktmäßig über die Ausgaben, die Fallzahlentwicklung insgesamt und durchschnittlichen Fallkosten der Hilfe zur Erziehung berichtet werden sollte.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, sich im Unterausschuss mit den Trägern ausführlich über die inhaltlichen Zusammenhänge auszutauschen. Sie greift die Anregung von Frau Stillger auf, die Zahlen ins Verhältnis zu setzen.

Beigeordneter Herr Nürnberger spricht sich ebenfalls dafür aus, in eine fachliche, inhaltliche Debatte einzusteigen und mit den Trägern ins Gespräch über die hinter den Zahlen liegenden Problematiken zu kommen.

Herr Wandersleb stimmt dem oben Gesagten zu. Er halte es für notwendig, allgemein in Ausschüssen das Berichtswesen zu überarbeiten, den Schwerpunkt vornehmlich auf inhaltliche Fragestellungen zu legen und einen den Dialog über Wirksamkeiten anzustoßen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld fasst abschließend zusammen:

- Das Thema „Inhalte und Wirkungen der Entwicklungen der Hilfe zur Erziehung“ sollte im Unterausschuss mit den Trägern diskutiert werden.
- Die Verwaltung wird gebeten, künftig die unterschiedlichen „Fallzahlen“ der Hilfe zur Erziehung im Kontext mit dem Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung in Bielefeld darzustellen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13

Weiterentwicklung des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen im Jahr 2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9204/2014-2020

Frau Berkemeyer weist insbesondere auf Punkt 2.6 der Anlage zur Vorlage hin. Sie sei sehr zufrieden mit der positiven Entwicklung in den letzten Jahren. Man habe sinnvolle Generalvereinbarungen mit den Bereichen Hilfe zur Erziehung, Kindertagesstätten und Schulen getroffen. In diesem Zusammenhang weist sie auf die gerade eröffnete neue Kinderschutzzambulanz im Evangelischen Krankenhaus Bielefeld hin.

Frau Hopster möchte wissen, ob sich die in den Generalvereinbarungen der Schulen festgeschriebenen Prozesse in der Praxis bewährt hätten. Hierzu erklärt Frau Berkemeyer, dass die verschiedenen Schulen zum Teil sehr unterschiedlich mit den Vereinbarungen umgingen. Es werde ein Gespräch mit den beiden Schulrätinnen stattfinden, in dem die bisherigen Erfahrungen aus der Praxis diskutiert würden und man sich über das weitere Vorgehen verständigen werde.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 148 - Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung eines Jugendbusses (Drs.-Nr. 9067/2014-2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9213/2014-2020

Ohne Wortmeldungen fasst der Jugendhilfeausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die von Herrn Oberbürgermeister Clausen, der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Frau Weißenfeld und der stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Frau Brinkmann getroffene und unterzeichnete Dringlichkeitsentscheidung Nr. 148 zur Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung eines Jugendbusses (siehe Anlagen).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppel-Haushalt 2020/2021 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8805/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet, dass dieser Tagesordnungspunkt in der vorangegangenen Sitzung des Unterausschusses nicht diskutiert worden sei und weist auf die vorliegende Anfrage hin.

Bezugnehmend auf die genannte Anfrage bedankt sich Frau Henneke für die sehr ausführliche und abschließende Beantwortung der Fragen.

Herr Langeworth erklärt, dass die CDU-Fraktion mit den wesentlichen Punkten des vorliegenden Haushalts- und Stellenplans für das Jugendamt einverstanden sei. Allerdings stehe sie insbesondere einigen fortgeschriebenen Positionen aus vergangenen Jahren nach wie vor kritisch gegenüber. Aus diesem Grund werde sich die CDU-Fraktion heute bei der Abstimmung enthalten und sich erst im Finanz- und Personalausschuss bzw. im Rat endgültig positionieren.

Frau Purucker fragt nach, wie sich die kalkulierten Mehraufwendungen im Bereich der Tagesbetreuung auf die KiBiz-Reform und die zusätzlichen Kita-Plätze aufteilen und ob für die flexiblen Betreuungszeiten entsprechende Mittel eingeplant seien.

Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet, dass eine Planung im Haushaltsentwurf aufgrund der noch nicht endgültig verabschiedeten KiBiz-Reform nicht leicht sei. Die Stadt Bielefeld müsse erhebliche Kostensteigerungen einplanen. Von diesen zu erwartenden Steigerungen entfielen etwa zwei Drittel auf die KiBiz-Reform; ein Drittel entspräche den Kosten für zusätzlich eingerichtete Kita-Plätze. Herr Hanke ergänzt, dass bei Aufstellung des Haushaltsplans im Frühjahr 2019 die neuen Regelungen im KiBiz zu flexiblen Öffnungszeiten noch nicht bekannt gewesen seien.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppel-Haushaltsplan 2020/2021 mit den Plandaten für die Jahre 2022 bis 2024 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Haus-halts-jahr	mit or-dentlichen Erträgen	mit ordentli-chen Auf-wendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67 JHA, UA Jugendhilfe, Mädchenbeirat, Bünd-nis f. Familie	2020	33 €	59.972 €	59.939 €
	2021	33 €	60.878 €	60.845 €
11.05.07 Unterhaltsvorschuss	2020	10.137.931 €	12.432.146 €	2.294.215 €
	2021	10.437.931 €	12.741.960 €	2.304.029 €
11.06.01 Förderung von Kindern / Prävention	2020	89.618.555 €	178.218.873 €	88.600.318 €
	2021	90.744.251 €	183.938.889 €	93.194.638 €
11.06.02 Förderung von Familien	2020	17.129.546 €	89.061.364 €	71.931.818 €
	2021	16.519.053 €	91.392.318 €	74.873.265 €
11.06.03 Unterstützung in recht-lichen Verfahren	2020	380 €	2.446.160 €	2.445.780 €
	2021	583 €	2.497.729 €	2.497.146 €
Summen	2020	116.886.445 €	282.218.515 €	165.332.070 €
	2021	117.701.851 €	290.631.774 €	172.929.923 €

und den Teilfinanzplänen A und B der

Produktgruppe	Haus-halts-jahr	Investive Einzahlun-gen	Investive Aus-zahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01 Förderung von Kindern / Prävention	2020	42.000 €	257.500 €	215.500 €
	2021	42.000 €	257.500 €	215.500 €
11.06.02 Förderung von Familien	2020	10.000 €	67.000 €	57.000 €
	2021	10.000 €	67.000 €	57.000 €
Summen	2020	52.000 €	324.500 €	272.500 €
	2021	52.000 €	324.500 €	272.500 €

wird zugestimmt.

- Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Doppelhaushalt 2020/2021 wird zugestimmt.
- Dem **Doppel-Stellenplan 2020/2021** für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt- entsprechend Anlage 2 wird zugestimmt.
- Den **Anträgen freier Träger** zum Doppel-Haushalt 2020/2021 auf Gewäh-rung von Zuschüssen nach den Verfahrensrichtlinien der Stadt Bielefeld entsprechend Anlage 5 wird zugestimmt.

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

Auskömmliche Finanzierung des Systems der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen hier: Umschichtung von Mitteln

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9215/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Vorlage. Es handele sich hier um eine technische Umsetzung des Ratsbeschlusses aus Juli 2019. Mit dem angestrebten Beschluss werde die die Kämmerei in die Lage versetzt, die umzuschichtenden Mittel auf die Fachämter und die Haus-haltsjahre verteilen zu können.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Hanke kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgenden Themen an:

- Bericht zu den Inklusiven Ferienspielen
- Rosenmontag und Alternative Veranstaltungen
- Informationen zur KiBiz-Reform
- Familienfreundliches Bielefeld
- Gesundheitsbericht
- Lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus
- Bericht zum Projekt „Wegweiser der AWO“

-.-.-

Gez. Regine Weißenfeld

Gez. Rita Mülöt (Schriftführung)